

UPR-Empfehlungen an die Schweiz 2012 – eine kurze Analyse aus NGO-Sicht

Die nachfolgenden Einschätzungen wurden von Alex Sutter, humanrights.ch verfasst. Sie werden von der Steuerungsgruppe der schweizerischen NGO-Koalition zum UPR mitgetragen. Die 47 Mitglieder-Organisationen der NGO-Koalition wurden im November 2012 konsultiert. Es gab keine Einwände gegen die vorliegenden Einschätzungen. Kleinere Fehler der Version 2 des Arbeitspapiers vom 16. November 2012 wurden korrigiert.

Dokumentation:

Alle relevanten Dokumente und Erläuterungen zum UPR der Schweiz finden sich unter dem folgenden Link: upr.humanrights.ch

Gesamtbild aus NGO-Sicht

Das Gesamtbild der UPR-Empfehlungen an die Schweiz ergibt aus NGO-Sicht eine gemischte Bilanz: Zwar findet sich mindestens die Hälfte der 41 Forderungen des NGO-Berichts zum UPR 2012 in der einen oder anderen Form in den Empfehlungen wieder (teilweise fast wörtlich), doch ebenso viele schmerzhaft Lücken sind zu verzeichnen. Insbesondere sind die Bereiche Asyl und Sans Papiers in den Empfehlungen nur ganz schwach vertreten.

Aufbau des Arbeitspapiers

Zuerst wurden alle 140 UPR-Empfehlungen an die Schweiz in enger Anlehnung an ein Arbeitspapier des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte¹ auf ein thematisches Raster aufgeteilt, wobei einige Empfehlungen zwei Themenblöcken zugeteilt wurden. Nach der tabellarischen Darstellung von jedem Themenblock geben wir einige kurz gehaltene Hinweise auf Einschätzungen und Prioritäten der NGO-Koalition.

Analyse für kurzfristiges Lobbying

Das vorliegende Arbeitspapier ist auf das Lobbying zu denjenigen UPR-Empfehlungen ausgerichtet, welche vom Bund noch nicht akzeptiert, aber auch noch nicht abgelehnt wurden. Zu diesen offen gelassenen Empfehlungen muss der Bund bis im Februar 2013 beim Menschenrechtsrat Stellung nehmen. Das kurzfristige Lobbying muss sich darauf konzentrieren, dass möglichst viele dieser Empfehlungen angenommen werden.

Unter dem Zwischentitel „Wichtig, dass der Bund die Empfehlung akzeptiert“, heben wir im Folgenden jeweils einige aus unserer Sicht besonders wichtige Empfehlungen hervor, die noch nicht entschieden sind. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass wir der Meinung wären, die übrigen offen gelassenen Empfehlungen wären unwichtig oder sollten vom Bund nicht angenommen werden.

Analyse für mittelfristiges Lobbying folgt

Sobald alle von der Schweiz definitiv angenommenen UPR-Empfehlungen bekannt sind (ca. Ende Februar 2013), werden wir die vorliegende Analyse im Hinblick auf die Umsetzung der angenommenen Empfehlungen aktualisieren. Dies ist dann der Ausgangspunkt für die Lobbyarbeit der NGO-Koalition zur Umsetzung der UPR-Empfehlungen bis zum nächsten UPR-Verfahren der Schweiz im Jahre 2017.

Legende zu den Tabellen:

- *UN-Nr.*: Nummerierung der UPR-Empfehlungen im UNO-Dokument A/HRC/WG.6/14/L.9
- *Anzahl Staaten*: So viele Staaten stehen hinter den entsprechenden Empfehlungen
- *Yes/No*: Bereits abgegebene verbindliche Stellungnahmen des Bundes zu einzelnen Empfehlungen
- *Zuständig*: eine provisorische Zuordnung der Zuständigkeit für die Umsetzung
- *Analoge UPR 2008*: Ähnliche Empfehlungen im UPR-Verfahren 2008 an die Schweiz
- *NGO 2012*: Nummer der Empfehlung im UPR-Bericht der CH-NGO-Koalition 2012

¹ Mit Dank an Eliane Scheibler für die tabellarische Grundlagenarbeit und nützliche Hinweise.

Gelb markiert sind jene Empfehlungen, die wir als Highlights dieser UPR-Runde speziell hervorheben.

1. Zusammenarbeit mit Menschenrechtsmechanismen und Ratifizierungen

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.3,4	Beitritt zu/Ratifizierung verschiedener Menschenrechtsabkommen	4	ja	Bund		Nr. 3
123.2,4	Ratifizierung von Fakultativprotokollen zum Individualbeschwerdeverfahren des UNO-Zivilpakts (6 Staaten) und der UNO-Kinderrechtskonvention (2 Staaten)	8		Bund	57.3	Nr. 3
122.47	Stärkung der Zusammenarbeit mit UNO-Menschenrechtsmechanismen	1	ja	Bund / (Kantone)		
122.48	Umsetzung aller UPR-Verpflichtungen von 2008	1	ja	Bund/ Kantone		Nr. 2
122.49	NGO-Konsultation zum Follow up der UPR-Empfehlungen	1	ja	Bund/ Kantone	56.4	Nr. 2
122.50.	Fortwährender Schutz und Förderung von Menschenrechten	1	ja	Bund/ Kantone		
123.7-10	Rückzug von Vorbehalten zur Kinderrechtskonvention	2		Bund		
123.61	Einladung von Sonderberichterstatern des UNO-Menschenrechtsrats (zu Rassismus, Rechten von Migrantinnen/-innen, Folter)	1		Bund		

Highlight

- 122.48: Umsetzung aller UPR-Verpflichtungen von 2008 (von der Schweiz akzeptiert). Dies gibt viele Ansatzpunkte zu den hängigen Themen von 2008. Die diesbezüglichen NGO-Prioritäten werden in der späteren Analyse der angenommenen Empfehlungen herausgearbeitet.

Bemerkenswert

- 122.49: NGO-Konsultation (von der Schweiz akzeptiert): Der Bund soll die NGOs konsultieren, „um die praktische Anwendung und Umsetzung der Empfehlungen zu erreichen“.
- 123.2 und 4: Starke Unterstützung für Ratifizierung der hängigen Individualbeschwerdeverfahren, insbesondere zum UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte (5 Staaten).

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.2: Ratifizierung Individualbeschwerdeverfahren Pakt II
- 123.4: Ratifizierung Individualbeschwerdeverfahren Kinderrechtskonvention

2. Institutionelle Reformen

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
123.18-22	Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution	8		Bund	57.1	Nr. 10
123.59, 60	Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit Menschenrechtsverpflichtungen	2		Bund	57.4	Nr. 5
123.17, 23	Schaffung einer Ombudsstelle auf Bundesebene; Weiterentwicklung der institutionellen Menschenrechtsstrukturen	2		Bund/ Kantone		(Nr. 1)

123.24	Schaffung von Ombudsstellen gegen Diskriminierung in allen Kantonen	1		Bund		
123.25, 26	Mandatserweiterung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus zur Behandlung von Klagen	2		Bund		

Highlight

- Ausserordentlich breit abgestützte und unzweideutige Empfehlungen für die Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution gemäss Pariser Prinzipien (vgl. 123.18-23).

Bemerkenswert

- Schaffung von Ombudsstellen auf Bundes- und kantonaler Ebene: sehr wichtig und richtig (obwohl im NGO-Bericht nicht enthalten), vgl. 123.17 und 23.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.18-23: Nationale Menschenrechtsinstitution
- 123.17 und 23: Ombudsstellen
- 123.60: Institutionelle Garantien für den Schutz der Menschenrechtsverpflichtungen vor Volksabstimmungen

Enttäuschte Erwartungen

- Eine Hauptforderung im NGO-Bericht, die institutionellen Voraussetzungen für die Umsetzung internationaler Empfehlungen zu verbessern (vgl. Nr. 1), wurde nur in der Empfehlung 123.17 en passant aufgenommen.

3. Gleichheit und Nichtdiskriminierung**3.1. Allgemeines Gesetz gegen Diskriminierung**

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
123.27-29, 35-36, (39)	Erlass einer umfassenden Gesetzgebung gegen Diskriminierung	8		Bund / (Kantone)	57.18	Nr. 11
123.27, 37	Umfassende Gesetzgebung gegen Diskriminierung, auch im Hinblick auf die Rassismusbekämpfung	2				Nr. 11
123.76, 77	Umfassende Gesetzgebung gegen Diskriminierung, auch im Hinblick auf sexuelle Orientierung und Identität	2				Nr. 11, 15
123.31	Umfassende Anti-Diskriminierungs-Strategie	1		Bund/ Kantone		
123.49	Umfassende Gesetzgebung gegen Aufruf zum Hass aufgrund diverser Merkmale	1		Bund		

Highlight

- Sehr starke und vielseitige Unterstützung der Forderung nach einer umfassenden Gesetzgebung gegen Diskriminierung.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.27-29, 35-36, 39: Umfassende Gesetzgebung gegen Diskriminierung
- 123.31: umfassende Anti-Diskriminierungs-Strategie (als absolutes Minimum).
- 123.49: Aufruf zum Hass soll gegenüber weiteren verletzlichen Gruppen strafbar werden.

3.2. Diskriminierung aufgrund der Rasse

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.5, 6, 8, 9, 12	Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	4	ja	Bund/ Kantone	56.1, 57.6	
122.42	Effektive Umsetzung der Rassismusstrafnorm	1	ja	Bund/ Kantone		
123.36, 38, 50, 51	Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	5		Bund/ Kantone	56.1, 57.6	
123.13, 14	Rückzug von Vorbehalten zur UNO-Rassendiskriminierungskonvention	2		Bund	57.15	
123.32-34	Aktionsplan und Gesetzgebung gegen Rassismus	4		Bund/ Kantone	56.1, 57.6	Nr. 12
123.30	Verstärkung der Gesetzgebung gegen rassistische Diskriminierung	1		Bund / (Kantone)		
123.37, 49, 58	Erlass eines Gesetzes gegen Aufruf zum Hass / Erweiterung der entsprechenden Diskriminierungsmerkmale in der Rassismusstrafnorm	3		Bund	57.7	
123.53	Rechtsverfahren bei Beschwerden betreffend Rassendiskriminierung und Aufruf zum Hass	1		Bund/ Kantone		
124.2	Gesetzliches Verbot rassistischer Organisationen	2	nein	Bund		

Highlight

- Gut abgestützte Forderung nach einem nationalen Aktionsplan gegen Rassismus.

Bemerkenswert

- Breite Unterstützung für Rassismusbekämpfung (vom Bund gutgeheissen).

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.32-34 Aktionsplan und Gesetzgebung gegen Rassismus

3.3. Diskriminierung von religiösen und nationalen Minderheiten sowie Migranten/-innen

122.7, 10	Schutz vor Diskriminierung für MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchende	2	ja	Bund/ Kantone	57.16	
123.40.	Bekämpfung von Rechtsverletzungen gegenüber religiösen und nationalen Minderheiten	1		Bund/ Kantone		
123.52	Schaffung rechtlicher Mechanismen für den Zugang aller MigrantInnen zu ihren Rechten	1		Bund/ Kantone		
123.73	Massnahmen gegen Diskriminierung insbes. gegenüber ausländischen Frauen	1		Bund/ Kantone		
124.3	Aufhebung des Minarettverbots in der Verfassung	1	nein	Bund		

Bemerkenswert

- Mit 122.10 hat der Bund die Empfehlung angenommen, seine Bemühungen zur Bekämpfung der Diskriminierung und der Intoleranz gegenüber Asylsuchenden, Migranten/-innen und Personen afrikanischer Herkunft zu verstärken

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.52: Verbesserung des Zugangs zur Justiz für alle Migranten/-innen
- 123.73: Verbesserung des Diskriminierungsschutzes, insbesondere für ausländische Frauen.

3.4. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.21-26	Massnahmen gegen Geschlechterungleichheit im Erwerbsleben, insbes. Lohnungleichheit und Vertretung in Führungspositionen	6	ja	Bund/ Kantone	57.19	Nr. 21
123.72	Massnahmen zur stärkeren Vertretung von Frauen, inkl. temporären Spezialmassnahmen	2		Bund/ Kantone		
123.75	Massnahmen zur Reduktion von Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt (inkl. genügende Kinderbetreuung)	1		Bund/ Kantone		
122.35-37	Massnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt/Geschlechtergewalt	3	ja	Bund/ Kantone		
123.70, 71	Schutz vor Entzug der Aufenthaltsbewilligung und Zugang zu Rechtsmitteln für Opfer häuslicher Gewalt	2		Bund	57.8, 57.17	Nr. 24
123.11, 12	Rückzug von Vorbehalten zur UNO-Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	2		Bund	57.21	
123.74	Gleichstellungsbüros in allen Kantonen, um Koordination auf Bundesebene zu ermöglichen	1		Kantone		
123.78	Umsetzung der UNO-Regeln für die Behandlung von weiblichen Gefangenen	1		Bund/ Kantone		
123.76, 77	Erlass von Gesetzgebung gegen Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechteridentität	2		Bund	57.18	Nr. 15, 16, 17

Highlight

- Zweifache Forderung nach einem Antidiskriminierungs-Gesetz unter besonderer Berücksichtigung von sexueller Orientierung und Geschlechteridentität (vgl. 123.76 und 77).

Bemerkenswert

- Klare Unterstützung für Massnahmen gegen Lohnungleichheit von Frau und Mann (von der Schweiz akzeptiert).
- Unterstützung für temporäre Massnahmen wie Frauenquoten zur besseren Vertretung von Frauen in Machtpositionen (vgl. 123.72)
- Faire, standardisierte und transparente Anwendung von Kriterien für Aufnahmebewilligungen von Opfern häuslicher Gewalt in Empfehlung 123.70 deckt sich stark mit Empfehlung Nr. 24 im NGO-Bericht.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.70: Kriterien für Aufnahmebewilligungen von Opfern häuslicher Gewalt
- 123.72: Massnahmen zur besseren Vertretung von Frauen in Machtpositionen
- 123.74: Gleichstellungsbüros in allen Kantonen
- 123.75: Massnahmen zur Reduktion von Geschlechterungleichheit auf dem Arbeitsmarkt
- 123.76 / 123.77: Gesetzgebung gegen Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechteridentität

3.5. Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.2, (122.3)	Beitritt zu/Ratifizierung der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	14	ja	Bund	57.12	Nr. 3
123.1	Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Individualbeschwerdeverfahren der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	4		Bund		Nr. 3

Highlight

- Äusserst starke Unterstützung für die Ratifizierung der Behindertenrechte-Konvention (vom Bund akzeptiert)

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.1: Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Individualbeschwerdeverfahren

Enttäuschte Erwartungen

- Die NGO-Forderung nach Schliessung diverser Gesetzeslücken im Behinderten-Gleichstellungsgesetz (vgl. NGO-Bericht Nr. 14) wurde ignoriert.

3.6. Diskriminierung von älteren Menschen

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.41	Verbesserter Schutz der Rechte älterer Menschen	1	ja	Bund/ Kantone		

Bemerkenswert

- Der Bund hat diese Empfehlung wohl nicht zuletzt deshalb akzeptiert, weil sie äusserst zurückhaltend formuliert ist („die Möglichkeit in Erwägung ziehen...“)

4. Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.1	Ratifizierung der Konvention gegen das Verschwindenlassen	4	ja	Bund	57.13	Nr. 3
122.27-33	Prävention und Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, u.a. durch Erstellen einer Strategie und Kooperation mit Herkunftsländern	8	ja	Bund/ Kantone	57.22	Nr. 22
123.66-69	Schutz der Opfer von Menschenhandel, u.a. durch Schaffung von Gesetzgebung, Bereitstellen zusätzlicher Ressourcen in allen Kantonen und Ausweitung von Task Force-Aktivitäten	4		Bund/ Kantone	57.22	Nr. 23
123.15, 16	Folterdefinition in Übereinstimmung mit Anti-Folterkonvention	3		Bund		Nr. 7
122.40.	Bekämpfung der Aktivitäten transnationaler krimineller und terroristischer Elemente	1	ja	Bund/ Kantone		

Bemerkenswert

- Der Bund konnte wegen der kürzlich veröffentlichten Strategie gegen Menschenhandel eine ganze Reihe von diesbezüglichen Empfehlungen akzeptieren.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.15 und 16: Definition von Folter in Übereinstimmung mit der Folterkonvention im Strafgesetz.
- 123.66 – 123.68: Verstärkter Schutz von Opfern von Menschenhandel.

5. Polizei und Justiz

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.11	Zugang zu Anwälten für alle Personen in ausländerrechtlicher Massnahmenhaft/Zugang konsularischer Vertretungen zu ausländischen Inhaftierten	1	Ja	Bund/ Kantone		
122.38	Schulung von Polizisten/-innen, Staatsanwälten/-innen, Richtern/-innen und Anwälten/-innen zur Antirassismus-Strafnorm	1	Ja	Kantone		
122.39	Untersuchung von Fällen exzessiver Gewaltanwendung während Verhaftung, Haft und Verhör	1	ja	Kantone		(Nr. 37)
123.46	Prävention und Strafverfolgung rassistisch motivierter Gewaltakte von Sicherheitsverantwortlichen	1		Kantone	56.5	
123.45	Schaffung eines unabhängigen Mechanismus zur Untersuchung von Beschwerden betr. exzessive Gewaltanwendung durch die Polizei in allen Kantonen	1		Kantone	57.11	Nr. 37
123.47	Unabhängige Untersuchungen betr. exzessive Gewaltanwendung während Ausschaffungen	1		Kantone		(Nr. 37, 35)
123.43, 44, 48	Menschenrechts-/Antidiskriminierungstrainings für Polizisten und Justizbeamte	3		Kantone		
123.79, 80	Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in Haftanstalten	2		Kantone	57.10	Nr. 36

Highlight

- Sehr wichtig ist die klare Empfehlung für die Einrichtung von unabhängigen Untersuchungsmechanismen in Fällen von Klagen wegen übertriebener Polizeigewalt in allen Kantonen.

Bemerkenswert

- Zweifache Unterstützung für die Bemühungen um eine konsequente Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in Haftanstalten.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.45: unabhängigen Untersuchungsmechanismen in Fällen von Klagen wegen Polizeigewalt
- 123.79 und 80: Trennung von Jugendlichen und Erwachsenen in Haftanstalten
- 123.48: Kurse für Polizei und Justizpersonen zur Anwendung des Antirassismus-Gesetzes.

Enttäuschte Erwartungen

- Es fehlen Empfehlungen zur besseren Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen.

6. Meinungsäusserungsfreiheit und Religionsfreiheit

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
123.64, 65	Massnahmen zur Sicherstellung der Meinungsäusserungsfreiheit	2		Bund/ Kantone		
123.62, 63	Verstärkung des Schutzes der Religionsfreiheit und anderer Praktiken von Minderheiten	1		Bund/ Kantone		

Bemerkenswert

- Die Empfehlung 123.5 verlangt eine Gewährleistung der Meinungsäusserungsfreiheit ohne unnötige Einschränkungen im Hinblick auf die Religionsfreiheit.

7. Recht auf soziale Sicherheit und einen angemessenen Lebensstandard

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.45	Massnahmen zur Bekämpfung der Armut	1	ja	Bund/ Kantone		
123.85	Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung von Aussenhandelspolitik und Investitionsvereinbarungen	1		Bund		Nr. 39
123.3	Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Individualbeschwerdeverfahren des UNO-Sozialpakts	1		Bund		Nr. 4
123.6	Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte	1		Bund		
123.83	Förderung des Rechts auf Entwicklung auf internationaler Ebene	1		Bund		
123.84	Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BSP	2		Bund	57.14	
123.86	Förderung des Themenbereichs Menschenrechte und Umwelt auf internationaler Ebene	1		Bund		
124.4	Umfassende Gesetzgebung zu und Einklagbarkeit aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten	1	nein	Bund	para. 15	Nr. 4

Highlight

- Die empfohlene Einführung von Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen in der Aussenhandelspolitik unterstützt ein wichtiges Postulat aus NGO-Kreisen.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.85: Menschenrechtsverträglichkeitsprüfungen in der Aussenhandelspolitik
- 123.3: Ratifizierung des Individualbeschwerdeverfahrens zum UNO-Sozialpakts
- 123.6: Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 189
- 123.84: Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BSP

Enttäuschte Erwartungen

- Die sofortige Ablehnung der Empfehlung zur Einklagbarkeit der Sozialrechte durch den Bund ist ein sehr negatives Signal einer doktrinären Haltung.
- Dass keine Empfehlung zur besseren juristischen Einbindung der transnationalen Unternehmen in ihre menschenrechtliche Verantwortung durchgekommen ist, ist eine verpasste Chance!
- Es fehlt eine Empfehlung gegen die Reduktion bzw. Streichung von Sozialhilfe als Disziplinierungsmittel.

8. Kinderrechte / Recht auf Bildung

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.46	Chancengleichheit im Bildungswesen für sozial benachteiligte Kinder	1	ja	Kantone		
123.81	Explizites Verbot von Körperstrafen gegenüber Kindern	1		Bund	57.23	Nr. 20
122.44	Sensibilisierung betreffend Gewalt an Kindern	1	ja	Bund/ Kantone		Nr. 20
123.57	Mutterspracheunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund	1		Kantone		
123.82	Förderung sozialer Werte bei Kindern und Jugendlichen durch öffentliche Programme	1		Kantone		

122.43	Verbot der Prostitution von Minderjährigen	2	ja	Bund		
--------	--	---	----	------	--	--

Bemerkenswert

- Die Empfehlung zum Verbot der Körperstrafen nimmt ein altes Anliegen der Kinderrechtsorganisationen wieder auf. Im UPR 2008 wurde die analoge Empfehlung 57.23 angenommen.
- Die akzeptierte Empfehlung zur Chancengleichheit im Bildungswesen müsste grössere Konsequenzen nach sich ziehen, wenn man die empirischen Studien zur tatsächlichen Chancenungleichheit ernst nimmt.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.81: Verbot von Körperstrafen an Kindern
- 123.57: Mutterspracheunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund

Enttäuschte Erwartungen

- Es fehlen Empfehlungen für die Menschenrechtsbildung im Schulbereich.

9. Nationale, religiöse und ethnische Minderheiten

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.14	Bekämpfung von Vorurteilen gegenüber ethnischen Minderheiten	1	Ja	Bund/ Kantone		
122.17, 20	Weiterführen der Minderheitenschutzpolitik, auch in Bezug auf Fahrende	2	ja	Bund/ Kantone		
122.18	Situation von MigrantInnen und Fahrenden angehen	1	ja	Bund/ Kantone		
123.62, 63	Verstärkung des Schutzes der Religionsfreiheit und anderer Praktiken von Minderheiten	1		Bund/ Kantone		

Enttäuschte Erwartungen

- Es fehlen Empfehlungen zur Verbesserung der Durchgangs- und Standplatzsituation der Fahrenden, insbesondere der Jenischen.

10. Migranten/-innen

UN-Nr.	Themen der Empfehlungen	Anzahl Staaten	Yes / No	Zuständig	Analoge UPR 2008	NGO 2012
122.16	Massnahmen für eine effektive Migrationspolitik	1	ja	Bund		
122.15	Förderung eines interethnischen Dialogs insbes. auf kantonaler und kommunaler Ebene	1	ja	Kantone		
123.5	Ratifizierung der UNO-Konvention zur Reduktion von Staatenlosigkeit	1		Bund		
123.41	Breite Kampagne gegen Vorurteile gegenüber Ausländern/-innen	1		Bund/ Kantone		
123.42	Stärkung des gegenseitigen Verständnisses von Migrantengemeinschaften und der Schweizer Gesellschaft im Allgemeinen	1		Bund/ Kantone		
123.55	Massnahmen zur Senkung der Arbeitslosenquote von Migranten/-innen	1		Bund/ Kantone		
123.56	Sicherstellung eines menschenrechtskonformen Umgangs mit irregulärer Migration in den Kantonen	1		(Bund)/ Kantone		(Nr. 25)

122.18	Situation von MigrantInnen und Fahrenden angehen	1	ja	Bund/ Kantone		
122.7, 13, 19	Verstärkte Integration von Migranten/-innen	3	Ja	Kantone		
124.1	Ratifizierung der UNO-Konvention zum Schutz aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien	7	nein	Bund		Nr. 3

Bemerkenswert

- Mit der Empfehlung 122.15 hat der Bund einer Forderung zugestimmt, für deren Umsetzung ausschliesslich die Kantone zuständig sind.

Wichtig, dass der Bund die folgenden Empfehlungen akzeptiert > Lobbying

- 123.5: Ratifizierung der UNO-Konvention zur Reduktion von Staatenlosigkeit
- 123.55: Massnahmen zur Senkung der Arbeitslosenquote von Migranten/-innen
- 123.56: Sicherstellung eines menschenrechtskonformen Umgangs mit irregulärer Migration in den Kantonen

Enttäuschte Erwartungen

- Die Empfehlung 123.56 ist erstaunlicherweise die einzige Empfehlung zur Situation der Sans Papiers.
- Die Ratifizierung der UNO-Konvention zum Schutz aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien wird vom Bundesrat nicht einmal in Betracht gezogen. Damit wird einmal mehr ohne triftige Gründe eine öffentliche Meinungsbildung zu dieser Konvention verhindert.

11. Flüchtlinge und Asylsuchende

123.54	Angemessene Unterbringung für Flüchtlinge und Asylsuchende	1		Bund/ Kantone		(Nr. 29)
--------	--	---	--	------------------	--	----------

Wichtig, dass der Bund die Empfehlung akzeptiert > Lobbying

- 123.54: Angemessene Unterbringung für Flüchtlinge und Asylsuchende

Enttäuschte Erwartungen

- Die Empfehlung 123.54 ist die einzige UPR-Empfehlung für den Asylbereich, obwohl der NGO-Bericht diesbezüglich mehrere relevante Punkte aufgezeigt hat.

30.11.2012
Alex Sutter